



Rede des Ministers für
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie
und Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

im Bundesrat zum
Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets
zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz - FMStG)

am 17.10.2008

- es gilt das gesprochene Wort -

Ohne Zweifel: Die Krise des Finanzmarktes erfordert ein schnelles, entschiedenes und wirksames Handeln des Staates. Kleinkariertes parteipolitisches Taktieren verbietet sich in dieser Situation ebenso wie ein Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. Nordrhein-Westfalen steht in dieser Situation zu seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir begrüßen es, dass der Bund sich mit den Ländern auf eine Lösung geeinigt hat, die zu einer fairen Lastenteilung führt und die parlamentarische Kontrolle und in Sonderheit auch die Mitwirkungsrechte der Länder stärkt.

Wir begrüßen zudem,

- dass die Unabhängigkeit der Bundesbank gewahrt bleibt,
- dass der Bund die Landesbanken als Teil des nationalen Bankensystems anerkennt und für deren Stabilität Mitverantwortung übernimmt,
- und dass jetzt – unter dem Druck der Krise – endlich eine europäisch und international besser abgestimmte Finanzaufsicht möglich wird.

All dies zeigt, dass die Länder in gesamtstaatlicher Verantwortung handeln und nicht als Vertreter partikularer Interessen. Und sie tun dies, weil es hier nicht darum geht, Hasardeuren neues Spielgeld zu verschaffen. Es geht darum, die drohenden Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft zu mindern, die Investitionsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten, kleine und mittlere Unternehmen zu schützen und die Handlungsfähigkeit von Kommunen zu sichern.

Vor allem geht es darum, das Vertrauen der verunsicherten Bürgerinnen und Bürger in die soziale Marktwirtschaft zurückzugewinnen.

Deshalb – und nur deshalb - muss der Staat jetzt schnell handeln. Er muss entschieden handeln und wirksam.

Vertrauen zurückgewinnen werden wir aber nicht allein mit einer kurzfristigen Rettungsaktion.

Denn einen 500 Milliarden-Schirm aufzuspannen ist das eine, das Vertrauen derjenigen zurückzugewinnen, die ihn bezahlen, der Steuerzahler, der Bürgerinnen und Bürger, das ist das andere.

Das wird nur gelingen, wenn für die Menschen wieder glaubwürdig zu erkennen ist:

- Dieser Staat ist in der Lage, mit klaren Regeln den Rahmen für die soziale Marktwirtschaft neu stabil aufzustellen.
- Er ist in der Lage, diese Regeln durchzusetzen.
- Er ist in der Lage, zu verhindern, dass die Arbeitsleistung der Menschen und die Leistung der Unternehmen in einer zynischen Casino-Wirtschaft verzockt werden.

In anderen Worten: Diese Krise ist ein Aufruf zur marktwirtschaftlichen Ordnung! Für den Staat, der ordnungspolitisch versagt hat und für die Finanzwirtschaft, deren Manager vor den ethischen Ansprüchen ihres Berufes kapituliert haben.

Herr Steinbrück, Sie haben am Mittwoch im Bundestag davon gesprochen, dass es auf den Weltfinanzmärkten brennt und wir jetzt löschen müssen, die Brandstifter bestrafen und die Brandbeschleuniger verbieten.

Sie haben auch besseren Brandschutz gefordert, allerdings ohne auf dessen schwere Mängel in der Vergangenheit einzugehen, die für diese Krise mitverantwortlich sind.

Der Brandschutz hat offenbar in der Vergangenheit mit großem Aufwand Formvorschriften überprüft und fleißig Berichte geschrieben, aber dabei den Sinn, die Gesamtstabilität, aus dem Blick verloren.

Deshalb brauchen wir jetzt einen neuen Ordnungsrahmen für die Kapitalmärkte, wir brauchen eine starke Bankenaufsicht.

Wir brauchen neue Bilanzierungsregeln, die sicherstellen, dass Risikogeschäfte nicht mehr in den Büchern versteckt werden können.

Wir brauchen mehr Transparenz und Wettbewerb bei den Rating-Agenturen, damit an deren unabhängigem Urteil kein Zweifel besteht.

Und wir müssen uns vor allem auf das Grundprinzip der Marktwirtschaft zurückbesinnen, wonach zur Gewinnchance auch die Pflicht zur Haftung für Verluste gehört, denn Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen.

Was wir hingegen nicht brauchen, auch wenn manche Populisten und Lobbyisten das schon wieder lautstark einfordern, sind staatsdirigistische Instrumente, neue Subventionsblasen oder ebenso wohlfeile wie wirkungslose Konjunkturprogramme.

Staatwirtschaft ist nicht der bessere Markt. Der Staat ist nicht der bessere Banker. Man muss kritisieren, dass Banken in der Krise nicht so verantwortungsvoll und weitblickend agierten, wie es notwendig gewesen wäre. Stimmt.

Aber wie weitblickend war die Politik? Noch einen Tag nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers sagte der Bundesfinanzminister, er halte die möglichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf uns, also auf Deutschland, für „begrenzt“.

Und in der gleichen Debatte, der Haushaltsberatung vor vier Wochen, sagte Herr Steinbrück weiterhin: „Es gibt keinen Anlass – das sage ich sehr bewusst -, an der Stabilität des deutschen Finanzsystems zu zweifeln.“ Ich glaube, das braucht man heute nicht mehr weiter zu kommentieren.

Besonders bemerkenswert finde ich aber doch, Herr Steinbrück, dass Sie am Mittwoch davon gesprochen haben, nun sei „die Illusion“ eingestürzt, „dass eine Marktwirtschaft ohne Regeln funktionieren kann“. Vielleicht geben Sie für diese Illusion gelegentlich eine Quelle an. Ich jedenfalls kenne keinen verantwortlichen Politiker in Deutschland, der dieser Illusion jemals anhing. Insofern ist diese Aussage eine Null-Aussage.

Die eigentliche Frage ist die Frage nach der Rolle des Staates in der Marktwirtschaft. Ich hatte gesagt, der Staat muss die Regeln machen und durchsetzen. Aber dieser Staat wollte – um ein Bild aus dem Sport zu gebrauchen – alles sein: Regelsetzer, Mitspieler, Schiedsrichter, Zuschauer, Rechteverwerter und Eigentümer des Stadions. Jetzt muss dieser Staat sich mühen, nicht auch noch zum Spielball zu werden.

Im Klartext: Diese Krise belegt eindrucksvoll die Aussage, dass nur der schlanke Staat ein starker Staat sein kann. Ob IKB, KfW oder Landesbanken, vielfach hat das öffentlich-rechtliche Kreditwesen Schlagseite. Heißt umgekehrt: Allen, die die aktuelle Krise dazu benutzen wollen, das Modell der sozialen Marktwirtschaft auszuhebeln, müssen wir gerade jetzt entschieden entgegen treten. Diese Krise ist nicht eine Krise der sozialen Marktwirtschaft.

Diese Krise wurde verursacht, weil die Politik die soziale Marktwirtschaft nicht früh genug und nicht entschieden genug gegen hemmungsloses Glückrittertum verteidigt hat und weil mancher Banker um des schnellen Profits willen die Grundlagen seiner eigenen Arbeit, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft aufs Spiel setzte.

Aufgabe der Politik ist es jetzt, die Kräfte nachhaltig zu stärken, auf die es in der sozialen Marktwirtschaft ankommt. Die Menschen, die mit ihrer Arbeit die Werte der Realwirtschaft schaffen; die Unternehmen, die mit ihren Investitionen Arbeitsplätze schaffen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern.

Denen hilft weder panischer Aktionismus noch anmaßender Interventionismus. Denen würde aber, um nur ein Beispiel zu nennen, eine vernünftig gestaltete Erbschaftssteuer helfen, die gerade für die kleinen und mittleren Betriebe und ihre Beschäftigten wichtig wäre.

Wirtschaftlicher Erfolg dieser Gesellschaft - auch das lehrt diese Krise - hängt langfristig davon ab, ob unsere Realwirtschaft in der Lage ist, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Sie hängt ab von unserer Innovationskraft. Sie hängt ab von der Exzellenz unserer Forschung und von der Qualität unseres Bildungssystems. Das Paket, dem der Bundesrat heute zustimmt, macht nur Sinn, wenn Bund und Länder beim Bildungsgipfel in der kommenden Woche die gleiche Handlungsfähigkeit beweisen. Nur dann werden Bürgerinnen und Bürger wieder darauf vertrauen: Die Politik kann nicht nur schnelle Aktion, sie kann auch langfristig die Weichen richtig stellen.